



Newsletter 1/10

Aus der Fraktion

Kiel, 5. März 2010

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist so weit: Ab heute werden wir Sie alle 14 Tage über die Arbeit der FDP-Landtagsfraktion in Kiel informieren. Wir wollen Sie mit diesem Newsletter über die aktuellen Vorhaben der Abgeordneten und ihrer Mitarbeiter auf dem Laufenden halten, damit Sie mitreden können. Dabei geht es uns um eine größtmögliche Transparenz der politischen Entscheidungsprozesse. Sie werden künftig mit diesem Informationsbrief regelmäßig Einblicke in die inhaltlichen Schwerpunkte aller relevanten Themenbereiche erhalten.

Dies ist unsere Erstausgabe - in den kommenden Monaten werden wir den Newsletter kontinuierlich weiterentwickeln. Dabei können Sie uns helfen: Schreiben Sie eine Mail (frank.zabel@fdp.ltsh.de), und teilen Sie uns mit, ob Ihnen der Info-Brief gefällt oder nicht. Verbesserungsvorschläge sind willkommen!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen nun eine interessante Lektüre und grüße Sie herzlichst,

Ihr

Frank Zabel

- Pressesprecher der FDP-Landtagsfraktion -

Wirtschaft, Verkehr, Tourismus und Energie

Solarförderung

Die hohen und langfristig garantierten Einspeisevergütungen durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz sind ein Auslöser für den Solarpark-Boom. Die dadurch entstehenden Mehrkosten werden nach dem EEG auf die deutschen Stromverbraucher umgelegt. Um die Stromkosten für die Verbraucher und Betriebe zu senken, haben Union und FDP bereits im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbart, die Vergütungssätze für Solarstrom auf den Prüfstand zu stellen und unverhältnismäßig hohe Förderungen abzubauen.

Auch im Landtag ging es jetzt um dieses Thema. Für die FDP-Fraktion steht fest, dass es einer Reform der Solarförderung bedarf, die Verbraucher entlastet und zugleich die Technologieentwicklung im Bereich der Solarenergie weiter entschlossen unterstützt. Die vollständige Rede des Abgeordneten Oliver Kumbartzky finden Sie hier

<http://www.ltsh.de/pressticker/2010-02/25/12-02-24-39ca/>

Windenergie

Gemeinsam mit der CDU-Fraktion hat die FDP dafür gesorgt, dass die Abstandsregeln für Windkraftanlagen an die anderer windreicher Bundesländer angeglichen werden. Um die Balance zwischen den Interessen von Anwohnern und Windkraftbetreibern zu erreichen, will die Koalition die Bundesstandards des Bundesimmissionsschutzgesetzes und der „Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm“ zur Orientierung nutzen. Auch eine Ausweitung der Windflächen im Landesentwicklungsplan (LEP) ist vorgesehen. Der Abgeordnete Oliver Kumbartzky wies darauf hin, dass insbesondere Repowering-Maßnahmen durch die bisherige Regelung aus dem Jahr 2003 massiv behindert würden.

Pressemitteilung unter

<http://www.ltsh.de/pressticker/2010-02/18/12-28-26-3324/>

Internet

Mit dem Ausbau des Glasfasernetzes soll bis Ende des Jahres 2020 eine weitgehend flächendeckende Versorgung mit

Hochgeschwindigkeits-Netzen mit mehr als 100 Megabit pro Sekunde erreicht werden. Die Landesregierung hat jetzt einen entsprechenden Bericht vorgelegt. Der FDP-Abgeordnete Christopher Vogt stellte im Landtag klar: „Aus unserer Sicht ist eine exzellent ausgebaute Infrastruktur die Voraussetzung dafür, dass in Schleswig-Holstein Wachstum geschaffen, Lebensqualität gesichert und Zukunft gestaltet werden kann.“ Schnelle Internetverbindungen seien mittlerweile von entscheidender Bedeutung für die Ansiedlung von Unternehmen und die Entwicklung wirtschaftlicher Tätigkeit im ländlichen Raum und natürlich auch in größeren Städten. Die Breitbandversorgung müsse daher möglichst zügig ausgebaut und optimiert werden.

Die Rede im Wortlaut:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2010-02/25/15-54-56-4052/>

Weltnaturerbe Wattenmeer

Die FDP-Fraktion setzt sich mit Nachdruck für die Vermarktung des ‚Weltnaturerbes Wattenmeer‘ ein. Am 26. Juni 2009 hatte die Unesco das Wattenmeer mit dem einzigartigen Prädikat ausgezeichnet. Nun muss damit auch geworben, der Tourismus gestärkt werden. „Eine riesige Chance für den Tourismus“, sagt der Abgeordnete Oliver Kumbartzky. Der Welterbetitel werde die Region enorm auf „und bietet vielfältige Chancen zur nachhaltigen Umsetzung des naturnahen Tourismus“.

Aus den Kreisen Nordfriesland und Dithmarschen und von den übrigen Gesellschaftern des Nordsee Tourismus Service wurden 50.000 Euro für ein besonderes Marketing zur Verfügung gestellt, allerdings unter der Voraussetzung, dass das Land Schleswig-Holstein mindestens die gleiche Summe pro Jahr ergänzt. In dem Bericht der Landesregierung ist zu lesen, dass das Wirtschaftsministerium derzeit prüft, ob das Marketing für das Weltnaturerbe als Projekt im Zukunftsprogramm Wirtschaft (ZPW) gefördert werden kann.

<http://www.ltsh.de/pressticker/2010-02/26/14-23-38-65fd/>

Flughafen Lübeck

Die Landesregierung hat jetzt im Zusammenhang mit dem Flughafen Lübeck einen Bericht vorgelegt, der die Position der FDP-Fraktion bestätigt: Darin wird noch einmal klargestellt, dass eine Übernahme der

Flughafen Lübeck GmbH (FLG) bzw. eine direkte Beteiligung des Landes an dieser nicht zielführend und deshalb auch nicht gewollt ist. Investitionszuschüsse des Landes sind aber durchaus möglich, sie müssen beantragt werden und sind für bestimmte Bereiche in der Höhe bis maximal 75 Prozent möglich. „Wir teilen die Einschätzung der Landesregierung, dass die Hansestadt Lübeck jetzt noch einige Dinge zu liefern hat“, sagte der Abgeordnete Christopher Vogt. „Die FDP-Fraktion steht nach wie vor hinter dem Flughafen, aber der Ball liegt immer noch zunächst bei der Stadt Lübeck.“

Die Rede im Wortlaut:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2010-02/26/14-58-46-67b9/>

Innen und Rechtspolitik

Urteil des Landesverfassungsgerichts zur Amtsordnung

Mit Urteil vom 26. Februar 2010 hat das Landesverfassungsgericht entschieden, dass die derzeit geltende Amtsordnung in Teilen nicht mit der Landesverfassung in Einklang zu bringen ist. Da in der Vergangenheit die Gemeinden zu viele Aufgaben an die Ämter übertragen haben, sind die Ämter mittlerweile aus ihrer traditionellen Stellung als Schreibstube der amtsangehörigen Gemeinden herausgewachsen und schon eher als Gemeindeverbände einzuordnen. Diese bedürfen jedoch einer demokratischen Legitimation. In der weiteren Diskussion sind mehrere Möglichkeiten zur Herstellung einer verfassungsmäßigen Rechtslage in der Amtsordnung möglich.

1. Die Direktwahl der Amtsausschüsse,
2. die Begrenzung der Möglichkeiten zur Aufgabenübertragung durch die Gemeinden an die Ämter und
3. ggf. die Abschaffung der Ämterebene und die Bildung von größeren Gemeinden, wie vom SSW beabsichtigt.

Hier finden Sie die Links zur Entscheidung des Landesverfassungsgerichts sowie die Pressemitteilung der Fraktion:

http://www.shz.de/fileadmin/redakteure/Dateien_shz.de/PDFs/Redaktion/lverfg-urteil01-09.pdf

<http://www.ltsh.de/pressticker/2010-02/26/12-41-49-6193/>

Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte

Die Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen und DIE LINKE haben im letzten Plenum gefordert, eine generelle namentliche Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte im Landesverwaltungsgesetz zu regeln. Bisher besteht diese Möglichkeit nach den Bekleidungs-Vorschriften der Polizei. Spezialeinheiten, wie SEK und Hundertschaften sind hiervon ausgenommen. Der vorgelegte Gesetzentwurf hingegen will auch für diese Einheiten eine Kennzeichnungspflicht rechtlich verankern.

Lesen Sie hierzu den Redebeitrag des innenpolitischen Sprechers der FDP-Fraktion im Landtag, Gerrit Koch:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2010-02/24/12-17-36-14b9/>

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung

In seiner Entscheidung vom 02.03.2010 hat das Bundesverfassungsgericht die Regelungen zur Vorratsdatenspeicherung im Telekommunikationsgesetz für nichtig erklärt. Der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Wolfgang Kubicki, war einer der obsiegenden Kläger bei dieser Entscheidung. Da die letzte Koalition die nun nichtigen Vorschriften des Telekommunikationsgesetzes auch in das Landespolizeirecht (Landesverwaltungsgesetz) implementiert hat, sind weitere Nachbesserungen notwendig geworden, die bei der geplanten Gesamtrevision des Polizeirechts zu berücksichtigen sind.

In der Anlage finden Sie sowohl den Link zur Entscheidung des Gerichts, als auch die Pressemitteilung von Wolfgang Kubicki:

http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20100302_1bvr025608.html

<http://www.ltsh.de/pressticker/2010-03/02/10-43-36-7819/>

Kriminalstatistik 2009

Die Kriminalstatistik 2009 weist einen leichten Anstieg der Straftaten in 2009 aus, die aber noch im Rahmen der letzten vier Jahre liegt und weit unter den Spitzenwerten aus 2002 und 2003. Die Aufklärungsquote ist dabei auf nunmehr 49,2 Prozent gestiegen. Bedenklich ist auch in diesem Jahr die Weiterentwicklung der Jugendkriminalität. Die genauen Zahlen und die Bewertung der Fraktion sehen Sie hier:

http://www.schleswig-holstein.de/IM/DE/Service/Presse/PI/2010/100304_im_kriminalstatistik.html

<http://www.ltsh.de/pressticker/2010-03/04/11-05-03-42d2/>

Gewalt gegen Polizeibeamte und Nachsorge

Die Koalitionsfraktionen haben in der letzten Landtagstagung einen Berichtsantrag zum Thema Gewalt gegen Polizeibeamte eingebracht. Die Initiative finden Sie hier:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/0200/drucksache-17-0263.pdf>

Bildung und Kultur

Landestheater

Am 26. Februar gab es im Landtag eine erregte Debatte um die Zukunft des Landestheaters. Die Opposition aus SPD, Grünen, Linken und SSW forderte eine Wiedereinführung der Dynamisierung der Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich zugunsten der schleswig-holsteinischen Theater. Angesichts der Tatsache, dass die Dynamisierung im Finanzausgleichsgesetz (FAG) in den letzten Jahren durch Rot-Grün bzw. durch die Große Koalition reduziert bzw. gänzlich gestrichen wurde, war das hier von der Opposition beklagte Gleichbleiben der finanziellen Zuwendungen aus Sicht der FDP-Landtagsfraktion ein Erfolg.

Die kulturpolitische Sprecherin der Fraktion, Kirstin Funke, machte in ihrer Rede deutlich, dass beim Landestheater rasche strukturelle Veränderungen vonnöten seien, angesichts einer Subventionierung durch öffentliche Zuwendungen von fast 132 € pro Eintrittskarte. Der FAG-Anteil belaufe sich hierbei auf gut 102 €, während beispielsweise beim Theater Lübeck etwa 54 € pro Karte aus FAG-Mitteln kommen.

Die vollständige Rede im Wortlaut finden Sie unter:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2010-02/26/13-25-56-63a5/PI-S4e91GOI-fdp.pdf>

Realschulen

Das von einigen Medien gemeldete Scheitern des Volksbegehrens zum Erhalt der Realschulen sieht die bildungspolitische Sprecherin Cornelia Conrad als eine notwendige Klärung der offenen Diskussionslinien an. Der FDP-Landtagsfraktion war jedoch wichtig, dass das Votum der Schleswig-Holsteiner angemessen berücksichtigt werde. Daher hatten sich die Regierungsfractionen aus CDU und FDP auf ein Vorschaltgesetz zur Verlängerung der Umwandlungsfrist von Real- und Kooperativen Gesamtschulen geeinigt. Da das Ergebnis des Volksbegehrens offenbar relativ eindeutig sei, so Conrad, könne nun von einer sicheren Grundlage ausgegangen werden.

Die Pressemitteilung zu diesem Thema finden Sie unter:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2010-02/18/10-07-49-2ff5/PI-S30DZS-1-fdp.pdf>

Gastschulabkommen

Im Streit um das Gastschulabkommen zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg konnte eine vorläufige Einigung erreicht werden. Für eine stabile, neue vertragliche Regelung ab 2011 bleibt nun ein größerer zeitlicher Spielraum. Cornelia Conrad lobte daher auch die vernünftige Zwischenlösung, die für 2010 ein Gleichbleiben der Ausgleichszahlung vorsieht. Damit werde der Gastschülerstreit zwischen Hamburg und

Schleswig-Holstein nicht auf dem Rücken der Kinder ausgetragen, so Conrad. Die Pressemitteilung hierzu unter:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2010-03/02/16-55-27-0456/PI-S4007wRW-fdp.pdf>

Soziales, Arbeit und Gesundheit

Ärztliche Versorgung sicherstellen!

In der vergangenen Plenarwoche haben die Koalitionsfraktionen einen Antrag auf den Weg gebracht, um das Problem der flächendeckenden ärztlichen Versorgung anzugehen. Bereits seit der letzten Legislaturperiode zeichnet sich dieses Problem ab, jede Lösung wurde aber aufgrund des Dauerstreits zwischen der damaligen sozialdemokratischen Ministerin sowie Ärzten und Krankenkassen schon im Ansatz erstickt.

Hierzu die sozialpolitische Sprecherin der FDP Anita Klahn: „Schleswig-Holstein mit seinem hohen gesundheitspolitischen Anspruch, muss angesichts der drohenden ärztlichen Unterversorgung im ländlichen Raum dringend ein flexibleres und in Bezug auf die unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten differenziertes Planungsinstrumentarium erhalten.“ Gemeinsam mit den Partnern der Selbstverwaltung will sich die Koalition dieses Themas annehmen. „Neue Modellprojekte zur Arzthonorierung, wie sie von der Kassenärztlichen Vereinigung, aber auch von der Ärztegenossenschaft angedacht werden, sollten jede Unterstützung finden“, ergänzte Klahn. „Insbesondere müssen alle Ansätze kritisch, konstruktiv und vor allem ohne Ideologien begleitet werden“. Hier die komplette Rede:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2010-02/25/12-58-47-3b66/>

Aktuelle Stunde zur Reform des Sozialstaates

Die FDP-Landtagsfraktion hat die Entwicklung auf Bundesebene aufgegriffen und die längst überfällige Diskussion zur Reform des Sozialstaates auch im Landtag angestoßen. Das

Bundesverfassungsgericht hat am 9. Februar eine fundierte und weitreichende Entscheidung zu den Regelsätzen von Hartz IV getroffen und damit etwas korrigiert und für verfassungswidrig erklärt, was durch Rot-Grün Gesetz geworden ist. Die OECD erklärt allgemein hierzu: „Auffällig ist, dass in Deutschland trotz der Hartz-Reformen Langzeitarbeitslose nach wie vor vergleichsweise wenig finanzielle Anreize haben, eine gering bezahlte, aber existenzsichernde Beschäftigung anzunehmen. [...] Ein Grund dafür ist, dass Anreize zur Arbeitsaufnahme etwa in Form von Freibeträgen im ALG II oder der Minijobs vor allem auf geringfügige Beschäftigung konzentriert sind. Gleichzeitig unterliegen regulär beschäftigte Personen schon bei geringem Verdienst einer relativ hohen Steuer- und Abgabenbelastung.“ Der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki erklärt hierzu: „Das ist nichts anderes, was die Koalitionsfraktionen in Berlin vereinbart haben. Steuersenkungen für kleine und mittlere Einkommen, um erstens Erwerbstätigkeit wieder lohnend zu machen und zweitens das Lohnabstandsgebot einzuhalten.“

Weitere Informationen:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2010-02/24/11-32-18-12fd/>

http://www.schleswig-holstein.de/MASG/DE/Service/Presse/PI/2010/100224_masg_SGB2.html

Umwelt und Agrar

Landesnaturenschutzgesetz

In der Februartagung des Landtages hat die Koalition das neue Landesnaturenschutzgesetz verabschiedet. Die zügige Beratung und Verabschiedung des Gesetzes war aufgrund der Föderalismusreform und der neuen bundesgesetzlichen Regelung notwendig. Da ab dem 01. März das neue Bundesnaturenschutzgesetz gilt und das Land nur noch in einigen Bereichen eine "Abweichungskompetenz" von der Bundesgesetzgebung besteht, wurde eine Neufassung notwendig. Der

FDP ist es u.a. gelungen, die vormals bestehende Verpflichtung der Kreise, Naturschutzbeauftragte zu bestellen, nun in das Ermessen der Kreise zu stellen. Darüber hinaus gilt die Genehmigungsfiktion für alte Bootsstege (vor 1982 angelegt) nun ausnahmslos. Die Unteren Naturschutzbehörden können nun nicht mehr im Ausnahmefall den Rückbau auch dieser alten Bootsstege verlangen. Damit erfüllt die FDP eine der Forderungen aus dem Wahlprogramm.

Hier finden Sie das neue Gesetz sowie die Rede des Parlamentarischen Geschäftsführers Günther Hildebrand zu dem Gesetz:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2010-02/24/15-18-31-1a11/>

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/0200/drucksache-17-0235.pdf>

Landeswassergesetz/ Dichtigkeitsprüfung

Aus den gleichen Gründen, wie beim Landesnaturschutzgesetz wurde auch das Landeswassergesetz zügig beraten. Die erste Lesung des Gesetzes fand im Februar statt die zweite Lesung folgt Ende März. Umstritten war in der Anhörung zu diesem Gesetzentwurf insbesondere die Regelung zur so genannten Dichtigkeitsprüfung. Sie sollte es den Kommunen ermöglichen, im Wege einer Satzung Dritte zu beauftragen, die Dichtigkeitsprüfungen bei Privateigentümerinnen und -eigentümern durchführen zu lassen. Diese hätte das Betreten ihrer Grundstücke durch die Beauftragten dulden müssen. Insbesondere durch die Initiative der FDP-Fraktion ist es gelungen, die umstrittenen Regelungen ersatzlos aus dem Gesetz zu streichen. Die Durchführung der Dichtigkeitsprüfungen liegt damit wieder vollständig in der Verantwortlichkeit der privaten Grundstückseigentümer.

Den Gesetzentwurf, den Änderungsantrag und die Pressemitteilungen der Fraktion zu diesem Thema finden Sie hier:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2010-03/03/17-32-35-2963/>

<http://www.ltsh.de/pressticker/2010-02/17/16-36-55-173c/>

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/umdrucke/0400/umdruck-17-0471.pdf>

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/0200/drucksache-17-0211.pdf>

Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ)

In den vergangenen Wochen war die Debatte um den Erhalt der Stellen und der Kürzungen beim Freiwilligen Ökologischen Jahr sehr umstritten. Aufgrund der schwierigen Haushaltslage hat sich die Koalition dazu entschieden, die Bezuschussung der einzelnen Stelle auf den Bundesdurchschnitt anzupassen, mit dem Ziel, die bisher bestehenden 150 Stellen im FÖJ nach Möglichkeit zu erhalten.

Die Pressemitteilungen aus dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, einen Auszug aus den Bemerkungen des Landesrechnungshofes 2009 sowie der FDP-Fraktion finden Sie hier:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2010-01/28/12-21-52-28d6/>

http://www.schleswig-holstein.de/MLUR/DE/Service/Presse/PI/2010/0110/MLUR_100114_FOEJ.html

<http://www.landesrechnungshof-sh.de/index.php?getfile=bm09-tz15.pdf>

Finanzen

Sparkassengesetz

Die Koalition hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Sparkassengesetzes eingebracht. Hiernach soll den Sparkassen die Möglichkeit eröffnet werden, bis zu 25,1% der Stammanteile an andere Sparkassen zu veräußern. Den Sparkassen wird damit die Möglichkeit eröffnet, ihre Eigenkapitalausstattung weiter zu verbessern.

Die Links zum Gesetzentwurf und zu den Pressemitteilungen der stellvertretenden Vorsitzenden und finanzpolitischen Sprecherin der Fraktion, Katharina Loedige, finden Sie hier:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/0200/drucksache-17-0250.pdf>

<http://www.ltsh.de/pressticker/2010-02/10/11-45-32-0ea2/>

<http://www.ltsh.de/pressticker/2010-02/25/10-25-50-372b/>

Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Der Gesetzentwurf der Koalition zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften wird in der März-Tagung in erster Lesung behandelt. Die Koalition setzt damit die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften im öffentlichen Dienstrecht Eheleuten gleichzustellen. Damit wird langjährige Forderung der FDP umgesetzt. Den Gesetzentwurf im Wortlaut finden Sie hier:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/0300/drucksache-17-0346.pdf>

Europa

Anerkennung von Berufsabschlüssen

„Wachstum und Beschäftigung zu schaffen sowie den Bildungsstandort zu stärken, müssen auch im europapolitischen Bereich Prioritäten der Landesregierung sein“, so die europapolitische Sprecherin Kirstin Funke. „Alle Maßnahmen und Projekte müssen hieran ausgerichtet werden und einen deutlichen Mehrwert für das Land erbringen.“ In der Anhörung des Europaausschusses zum Thema „Soziales Europa“ wurde dieser Schwerpunkt deutlich artikuliert. Insbesondere wurde in diesem Zusammenhang auf die gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen verwiesen. „Dies ist ein zentrales Thema für die Mobilität auf einem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt.“, so Jens-Uwe Dankert und ergänzend, „das gilt nicht nur für den Landesteil Schleswig mit seiner Grenze zu Dänemark, sondern es müsse hier auch perspektivisch die neu entstehende Achse im Bereich der Fehmarnbeltregion in den Blick genommen werden.“